

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Postland 4.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Vordruck der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Welche Seiten die achtgepalt. Doppelseite oder deren Raum 1,20 M., Wortanzahl des Setzdrucks Wort 50 Pl., jedes weitere Wort 25 Pl., Umarmungsbeitrag 20 Pl. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen zählt der Zehntel fort. Interesse für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9708.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rechtssozialistischer Zeitungsraub.

Die Annexion des „Volksfreund“.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Braunschweig, 22. September.

Der unabhängige „Volksfreund“ ist heute von Reichswehrtruppen besetzt und den Rechtssozialisten ausgeliefert worden. Haus und Umgebung sind von Truppen und Einwohnerwehr besetzt.

Die Rechtssozialisten haben also mit Hilfe der Reichswehr das Blatt zurückerobert. Der „Volksfreund“ wurde vor etwa 10 Jahren von der Braunschweiger Arbeiterschaft in Form einer offenen Handelsgesellschaft gegründet.

Als Firmenträger wurden damals die Genossen Rieck, Klenow und Stegmann bestellt. Durch die Kriegspolitik der Rechtssozialisten spitzten sich auch in Braunschweig die Gegensätze immer mehr zu. Die Redaktion war gegen die Kriegspolitik und den Kaisersozialismus. Durch allerhand Manipulationen verdrängten die Rechtssozialisten den linksstehenden Stegmann als Geschäftsführer als Firmenträger auszufliessen und damit das Mitglied des Parteivorstandes Otto Braun einzusetzen. Am 4. April 1917 bemächtigten sie sich dann der Zeitung. Es handelte sich also um dieselbe Gemeinheit, wie beim „Vorwärts“-raub. Denn in moralischer Hinsicht besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Parteiorganisation, die die politische Eigentümerin des Blattes, ihr Organ in unangemessenem Geiste von der alten Redaktion fortgeführt wissen wollte.

Bei Ausbruch der Revolution konnte die Braunschweiger Arbeiterschaft wieder Besitz von ihrem Blatt ergreifen. Als im April 1919 der General Raerker mit seinen Regierungstruppen einzog, glaubten die Rechtssozialisten ihre Zeit für gekommen und verlangten eine Aussprache mit unserer Partei. Der Verhandlungsversuch unserer Braunschweiger Genossen mißlang, da ihr Vorschlag, die bestehende Genossenschaft soweit auszubauen, daß zwei Blätter, ein rechtssozialistisches und ein unabhängiges, hergestellt werden könnten, von den Rechtssozialisten abgelehnt wurde. Später lehnten die Rechtssozialisten die Verhandlungen ab und nun haben sie auf Grund des alten Reichsbeschlusses sich das Blatt mit Hilfe der Reichswehr wieder angeeignet. Der Blätterraub bildet in der schmachvollen Geschichte des Rechtssozialismus wohl eines der schändlichsten Kapitel. Die braunschweiger Tat zeigt wieder einmal, daß die Deute sich nicht ändern haben.

Die militärische Nebenregierung.

Die Willkürherrschaft der militärischen Stellen in der Provinz nimmt so sehr überhand, daß selbst die liberale Presse dagegen Einspruch zu erheben beginnt. Das „Vormärz-Blatt“ klagt darüber, daß noch in vielen Fällen in Preußen, namentlich in Pommern, die militärischen Stellen über die Zivilbehörden kommandieren.

In Pommern haben es die militärischen Behörden versucht, die Zivilbehörden zu entrichten. Beim Generalkommando des Stettin besteht eine Sachrichterstelle, gegen deren berechtigte Existenz, soweit sie sich mit militärischen Fragen beschäftigt, niemand etwas einwenden kann. Wenn aber diese Sachrichterstelle sich auch damit befaßt, die Zivilbehörden zu beschimpfen und Verleumdungen über sie anzufertigen, so ist das ein Zustand, den sich die Zivilbehörden nicht gefallen lassen können und der das Vertrauen zu den Zivilbehörden erschüttern muß. Ein Skandal schlimmer Art wäre es, wenn es richtig ist, was behauptet wird, daß die Nachrichtenstelle die Verleumdungen über die Zivilbehörden nach Berlin an die zuständigen Stellen weitergibt. Daß die Nachrichtenstelle die Informationen über die Verleumdungen von ihren Offizieren und den ihr nachgehenden Großgrundbesitzern bezieht, darauf sei nur hinweisen.

Was hier aus Pommern mitgeteilt wird, ist keineswegs neu. Seit Monaten haben wir fortgesetzt auf die verhängnisvolle Tätigkeit der militärischen Stellen hingewiesen und reichliche Dokumente über ihre Spionarbeit und Willkürherrschaft veröffentlicht, ohne daß die Regierung gegen die militärische Nebenregierung eingegriffen wäre. Diese Willkürherrschaft befestigt sich vielmehr mit jedem Tage. Die Propagandisten und die Schwerindustriellen stärken ihr das Verhängnis und die Regierung liefert ihr durch die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes die Grund-

lage für ihre Existenz. Wenn nun auch die Zivilbehörden in der Provinz unter diesem Druck zu stöhnen anfangen, so mögen sie sich bei der Regierung bedanken, die aus Furcht vor der Arbeiterschaft den neuen Militarismus in den Sattel gehoben hat.

Landsknechte.

Im Heeresverordnungsblatt 5 vom 2. 9. 19. findet man folgende Verfügung:

Der Reichswehrminister.

Nr. 488/8 19 A 11.

47. Zwecklosigkeit von Besuchen um Einstellung in das amerikanische Heer.

Beim Oberkommando der amerikanischen Besatzungsarmee und beim amerikanischen Kriegsamte laufen in steigendem Umfange Besuche von deutschen Offizieren um Einstellung in das amerikanische Heer nach Friedensschluß ein.

Solche Besuche haben keine Aussicht auf Genehmigung, da die amerikanische Armee genügend Offiziere besitzt und eine Einstellung von Ausländern weder vorgesehen noch geplant ist.

Für den Reichswehrminister.

J. A. gez. Jansen.

Also die „national-begeisterten“ Offiziere, die bisher nicht genug über das verräterische Amerika schimpfen konnten, laufen jetzt auch den Amerikanern nach, um als Landsknechte bei ihnen Dienst zu tun. Moderne Condottieres, die für jeden fechten, der sie gut bezahlt. Sie kennen anscheinend keine andere Lebensaufgabe, als Menschen für das Kriegshandwerk zu drillen. Schöpferische, aufbauende Tätigkeit ist ihnen fremd. Die früheren Berufs-offiziere haben nichts anderes gelernt und wollen sich der freien produktiven Arbeit nicht einordnen. Die anderen, die sich im Kriege an das Kommandieren, Deuteschinden gewöhnt haben, wollen erst recht nicht dieses Herrenleben aufgeben. Alles in allem ein interessanter Beitrag zur Psychologie der herrschenden Klassen.

TU. Haag, 22. September.

Die Zeitung „Vaderland“ entnimmt einem Privatbrief aus Deutschland die Mitteilung, daß Japan im geheimen deutsche Offiziere und Unteroffiziere, die während des Krieges praktische Erfahrungen gesammelt hätten, für das japanische Heer als Instruktoren anwerbe. Der erste Transport dieser neuen Instruktoren sei bereits nach Japan abgereist.

Sowjet-Rußland will Frieden mit der Entente.

Amsterdam, 22. September (Telunion.)

Aus Petersburg wird gemeldet, daß die Sowjetregierung beschlossen hat, mit den Ententemächten auf der von diesen aufgestellten Grundlage in Verhandlungen einzutreten.

Das Abenteuer in Fiume.

Bern, 21. September. Die italienische Regierung hat den Kommandanten der 8. Armee Mobilität seines Postens entzogen, weil er nicht rechtzeitig Maßnahmen zur Abwehr des Handreichs auf Fiume ergreifen hat. An seine Stelle tritt der Admiral Cagni. Immer neue Truppenteile treten von d'Annunzio über. Sechs Kompagnien der Brigade Florenz, die nach Fiume geschickt worden waren, haben ihre Einheit verlassen und sind gestern in die Stadt eingezogen. Ein Brigadegeneral aus einer Stadt, deren Name nicht genannt wird, hat d'Annunzio mitgeteilt, daß seine Brigade bereit sei, auf den ersten Ruf zu seiner Unterstützung nach Fiume zu marschieren. Trotz der Blockade wird Fiume von venezianischen Häfen aus mit allem Nötigen versorgt. Gestern ist ein Eisenbahnzug mit Lebensmitteln dort angekommen. „Corriere della Sera“ beschwört d'Annunzio, von seinen Unternehmungen abzulassen, die zum Bürgerkrieg führen müßten. Die Sozialisten erheben weiter schärfsten Protest gegen das Abenteuer von Fiume. Die Parteileitung des Gewerkschaftsverbandes erklärt, die jetzigen Ereignisse seien eine Episode des großen Kampfes, den der italienische Militarismus und die italienische Schwerindustrie zur Behauptung ihrer Stellung führen.

Moderne Seeräuber.

Als kürzlich in der Nationalversammlung ein neuer Milliardenkredit bewilligt wurde, befanden sich darunter 1 1/2 Milliarden Entschädigung für die deutsche Handelsflotte. Seitdem ist an der Börse eine sprunghafte Aufwärtsbewegung in Schiffahrtaktien zu konstatieren. Ganz offen wird in der neuen „Hamburger Börsenhalle“ erklärt, daß diese für gewisse Kreise außerordentlich profitable Aufwärtsbewegung „auf die Regelung der an die Schiffahrtsgesellschaften zu zahlenden Entschädigung“ zurückzuführen sei. Auch die „Vossische Zeitung“ sieht nach einer Hamburger Information als Grund der Hausse den Umstand an, daß die enteigneten Schiffe einen Geldwert darstellen, der um das Fünffache den früheren Marktpreis übersteigt, und daß die Entschädigungsquote den Bilanzwert der Schiffe um mehr als 100 Prozent übersteige. Der große Wert, den heute Schiffe repräsentieren, geht daraus hervor, daß die Hamburger Ostseewerke zwei Bauaufträge für Dampfer von 2500 Tonnen zu einem Preise von je 1,75 Millionen Mark erteilt haben. Das macht 700 Mark Baukosten pro Tonne gegenüber 50 Mark im Frieden. Was den Reedern in Friedenszeiten 50 Mark kostete, wird ihnen jetzt mit 700 Mark vom Reich bezahlt nicht zum wenigsten auf Kosten der breiten Massen des Volkes, denen in Form indirekter Steuer dies ungeheures Geschenk abgezwickelt wird.

Wir haben schon neulich darauf hingewiesen, daß sich die Reeder des besondern Schutzes der Regierung erfreuen. Die „Hamburger Volkszeitung“ veröffentlichte vor einigen Tagen Einzelheiten über einen bereits von uns erwähnten Verkauf der staatlichen Prisen-Dampfer an die Woermann-Linie, die einmal die dunklen Kanäle aufdeckt, durch die der Einfluß der Reeder auf die Regierung gesichert ist, andererseits zeigen, wie dieser Einfluß zu Schiebungen größter Art auf Kosten des Nationalvermögens ausgenutzt wird.

Die Dampfer, die als Prisen während des Krieges Eigentum des Staates wurden, führen bis November 1918 für Rechnung der Schiffahrtsgesellschaft beim Chef des Feld-eisenbahnbauwesens und wurden dann der Seetransportabteilung des Reichsmarineamtes überwiesen. Der Leiter dieser Schiffahrtabteilung, Kapitänleutnant d. R. Ulderrup ist im Zivilberuf Inspektor der Australialinie, deren Direktor Böger früher Direktor der Vereinigten Bugler- und Frachtschiffahrtsgesellschaft in Hamburg gewesen ist. Zufällig wurde nun gerade dieser letzteren Gesellschaft die technische Leitung des Schiffahrtsbetriebes unter Bedingungen übertragen, die es ihr, trotz außerordentlich hoher Abschreibungen, möglich machten, 20 Prozent Dividende zu verteilen, so daß der Kurs der Aktien heute zirka 320 Prozent beträgt. Außerdem wurde das freundschaftliche Verhältnis zwischen Reederei und Militärbehörde dazu benutzt, alle Günstlinge der Gesellschaft zu reklamieren, und die Gesellschaft hoffte, durch Vorlaufrecht bei Friedensschluß die Schiffe ganz in ihre Hand zu bringen. Dieser schöne Plan wurde durch die Woermannlinie zunichte gemacht, der es gelang, durch eine Mittelsperson in einem höheren Amt, nämlich ihren Direktor Fehling, der als kaufmännischer Berater in die Seetransportabteilung des R. M. A. geschoben wurde und sich einen seiner zweiten Offiziere, den Oberleutnant d. R. B e u s t e r, als „Vertrauensmann“ mitbrachte, im April 1917 einen Vertrag abzuschließen, nach dem die Woermannlinie die Schiffe bei Friedensschluß erhalten sollte. Als dann vor kurzem die Woermannlinie mit diesem Vertrag heraustrat, erhielt sie auch von der Regierung die Schiffe zugewiesen, obwohl dieser Vertrag allein schon durch die Revolution hinfällig geworden ist. Vor allem stellte er aber eine ungeheure Verschleuderung des Nationalvermögens dar. Bezeichnenderweise hörte man nichts von dem Vertrag, zu dem die Schiffe abgetreten worden sind. Wir nehmen an, daß dank der Ratfähe des Direktors Fehling im R. M. A. die Woermannlinie nicht zu tief in ihren Geldbeutel greifen mußte. Dieser Vertrag, der an das Finanzgeborene des vormärzlichen, russischen Regimes erinnert, hat die stillige Entrüstung des überlisteten Konkurrenten hervorgerufen und es geht das Gerücht, daß die Woermannlinie vorläufig nur die Schiffe im Ausmaß des Staat-

des Weitervertrauens von...
den Halle das Wirtrennen um die Beute weitergehen,
während inzwischen die Boermannlinie die riesige Entschädi-
gung für die Verwaltung der Schiffe einstecken kann. Daß
die Aktien der Gesellschaft innerhalb vierzehn Tagen um
100 Prozent gestiegen sind, und die „Schiffahrtszeitung“ vor
einer Woche den damaligen Kurs in Anbetracht der Zu-
weisung der 24 Dampfer noch als sehr niedrig ansah, ist
nicht verwunderlich.

Auch das Geschäft der Schiffahrtsgesellschaften, die keine
Vertrauensleute in Regierungsämtern haben, blüht wie nie
zuvor, obwohl oder richtiger, weil sie keine Schiffe mehr
haben. Wenn der frühere Reichswirtschaftsminister Wis-
sell vor einigen Monaten in Berlin geäußert hat, daß
er mit den Reedern abgeschlossene Verträge
nicht an die Öffentlichkeit dringen dürfe,
weil sonst zu befürchten sei, daß die Entente den Reedern
ihre Bezüge kürzen könne, so zeigt diese Äußerung, wie
weit sich die Regierung schon damals in der Hand der Ree-
der befand. Jetzt haben diese es verstanden, auch den listigen
reichen Erzberger so gründlich einzulassen, daß er von
der Notwendigkeit einer Prämienanleihe von 9 Milliarden
zum Wiederaufbau der Flotte durchdrungen ist. Und wie der
Direktor der Sapag Suldermann im „Hamburger
Kreuzenblatt“ erklärte, werden jetzt die Aktien ihren hohen
Preis behaupten können, weil zwar keine Schiffe, wohl aber
Kapital vorhanden sei. Auf dies Drafel hin stiegen
die Aktien noch weiter, und die Reederzeitung „Ganso“ gab
offen als Grund für die Aufwärtsbewegung, die Tiefen-
abfindung des Reiches und die großen Einkünfte aus dem
Chartervertrag während des Waffenstillstandes an. Wenn
wir auch anerkennen, daß die Reeder für den Verlust ihrer
Flotte in gewisser Weise entschädigt werden mußten, so war
die Entschädigung doch ausschließlich zum Wiederaufbau der
Flotte und zur Erhaltung des Personals bestimmt. Bis jetzt
hat das Geld aber nur dazu gedient, einem kleinen Kreis von
Kapitalisten ungeheure Kursgewinne zu bringen und es ist
völlig ausgeschlossen, daß der Wiederaufbau der Flotte jetzt
mit volkswirtschaftlichem Nutzen vorgenommen werden
könne. Unsere eigenen Vertrieben sind durch den Friedensver-
trag verpflichtet, jährlich 200 000 Tonnen für die Entente zu
bauen, abgesehen davon, daß sie hierdurch fast vollbeschäftigt
sind, ist die Ausführung weiterer Aufträge schon infolge Ma-
terialmangels unmöglich. Durch Ankauf oder Bau von
Schiffen im Ausland würden weitere ungeheure Summen
aus dem Lande fliehen, da die vielfach gemachten Angebote,
den Friedenspreis um das Zwanzigfache übersteigen. Trotz-
dem sollen, wie die „Hamburger Volkszeitung“ zu wissen
glaubt, ganze Geschwader von Schiffen im Ausland an-
gekauft werden. Damit würden wiederum Milliarden voluta-
brürend über die Grenze wandern, ohne daß irgendeine
Kontrolle über die Anlegung des Geldes bleibt.

Wenn überhaupt Vorkrämen gezahlt werden, so muß
die unbedingte Sicherheit bestehen, daß das Geld nur zum
Bau von Schiffen im Lande verwandt wird. Heute stecken
aber die Reeder die Wuchergewinne ein, ohne daß die Mög-
lichkeit besteht, in größerem Umfang Neubauten oder An-
käufe vorzunehmen und ohne daß sie ihre Verpflichtungen
gegen die Schiffsangestellten innehalten. Fast alle Schiff-
fahrtsgesellschaften haben ihre Seeleute ohne die
geringste Abfindung, außer der gesetzlich
vorgeschriebenen Monatsbeute, entlassen,
so daß diese jetzt als Erwerblose der Allgemeinheit zur Last
liegen. Wir haben schon am 28. August darauf hingewiesen,
daß sich die Regierung, allem Anschein nach, aktiv an diesem
Schacher der Reeder beteiligt hat. Bis heute ist keine Ant-
wort erfolgt und es kann keinem Zweifel mehr unterliegen,
daß die Regierung wesentlich den Raubbau der Schiffahrts-
gesellschaften aus dem Rest des deutschen Nationalvermögens
duldet.

Die Züricher Bomben.

Der frühere Vertreter Bayerns in der Berliner Presse-
konferenz W. v. Kummel, der die letzten zwei Kriegs-
jahre in der Schweiz verlebte, veröffentlicht jetzt in einer
kleinen Schrift „Aus meinem Schweizer Tagebuch“ Einzel-
heiten über die Züricher Bombenaffäre, die bekanntlich mit
dem Prozeß im verflochtenen Sommer vorläufigen Ab-
schluß fand. Herr v. Kummel läßt ein wenig den Schleier
über die Hintergründe dieses für Deutschland ungeheuer
blamablen Prozesses, indem er schreibt:

Auch Deutschland hinwiederum machte der Schweiz ein
erfreuliches Fest- und Gattgeschenk in Gestalt eines großen
Bombenlagers. Diese leidige Züricher Bombenaffäre hat
schon damals und hat das ganze Jahr 1918 hindurch noch tüchtig
viel Staub aufgewirbelt. Leicht begreiflich. Denn diese prächtigen
Bomben waren unmittelbar aus Berlin nach Zürich gebracht
worden, aus der Budapester Straße 14, einer Filiale des Kriegs-
ministeriums, nach dem deutschen Generalkonsulat in Zürich. Die
Bomben und die sonstigen Werkzeuge, die sich noch bei diesem
wonderbaren Waffentransport befanden, trugen auch sämtlich ge-
wisshafte und treue, daß ja für niemand ein Zweifel möglich sei,
den deutschen Ursprung. Vom Generalkonsulat weg wurde
die Diebstahlsaktion allmählich abgeholt und in Sonderlagern ver-
steckt. Dann sollte sie südwärts wandern und den Italienern zur
Belustigung ein kostenloses nächstliches Feuerwerk spenden.

Der Plan war schön und edel, mißglückte aber so ziemlich.
Die mit der Verbringung der Bomben in ihre Heimat betrauten
Marronbrauer waren treulos bis in die Knochen. Wohl wiesen sie,
aus Italien kommende Postkarten mit einem bestimmten Ver-
merk vor. Der Vermerk sollte bedeuten, daß jeweils eine Bom-
benladung in ihrem schönen Vaterlande angekommen sei, worauf
sie ihre nicht geringe Belohnungsumme jedesmal dankend ein-
strichen. — Die Arbeit dafür war gering gewesen, denn sie waren
immer nur bis zur Limmat oder an den See gegangen und hatten
die Bomben dort verstreut verstreut. — Als dieses gute Geschäft
in klottem Gang und bestem Betrieb war, wurde es den Leuten
schändlich verdorben. Ein Deutscher — der Himmel wolle, daß
es noch dazu einer unserer Leute vom Bau war — entdeckte durch
Zufall so ein Bombenlager und zeigte es im Glauben, daß es sich
um ein französisches Post- und Blindenpost handelte, der Polizei
an. Dadurch wurde die ganze Sache glücklicherweise ungeschädlich
gemacht. Einer ging allerdings durch diese deutschen Bomben doch
später in die Luft, das war nämlich unser eigener Gene-
ralkonsul in Zürich. Eine Ungerechtigkeits des Schick-
sals, denn er hatte tatsächlich von der ganzen Sache keine Ahnung.
Er hätte für andere, die ganz anderswo saßen. Und aber soll
dieses nichtige Schicksalsgericht rund 6 Millionen
gekostet haben.

Von einem „Schuldbürgerstück“ kann unsere Frachters
hier wohl kaum gesprochen werden, denn was in Zürich
geplant wurde, bildete einen Bestandteil in der verbreche-
rischen Kriegspolitik der deutschen Regierung, die durch ihre
Auslandsagenten in allen Ländern Kittenatate anstellen ließ
und hierbei die ihren diplomatischen Vertretern und
Kurieren eingeräumten Vorrechte in schändlicher Weise miß-
brauchte. Man denke nur an die Entdeckung von Spreng-
stoffen im Gepäck des deutschen Geandtschaftskuriers
Aristiano, an ähnliche Fälle in Stockholm, an die verbreche-
rische Tätigkeit deutscher Agenten in den Vereinigten
Staaten usw., um den Umfang dieser Wühlarbeit zu er-
kennen, die Deutschland den Ruf eines internatio-
nalen Brandstifters und Verbrechers ein-
tragen hat. Die Schuldigen laufen indes noch heute frei
umher; keine Hand rührt sich, um diese Halunken, die an
bevorzugten Stellen sitzen, zur Verantwortung zu ziehen.

Das aufgehobene Postgeheimnis.

Im Krieg wurde das Postgeheimnis, um die Spionage
zu erschweren, aufgehoben. Alle Briefe nach dem Ausland
mühten offen verpackt werden und unterlagen der Brief-
zensur. Seit der Revolution blieb dieser Zustand weiter be-
stehen. Als Vorwand wurde die Begründung erfunden,

daß die Versendung von Wertpapieren verhindert werden
müßte. Als Herr Erzberger mit seinem Plan der Post-
stempelung herausrückte, wurde endlich die Vorschrift der
offenen Verpackung von Briefen beseitigt. Wie kürzlich
geteilt, ist sie aber wieder eingeführt worden. Nun wird
jeder, daß die Briefzensur die Verschleppung von Wert-
papieren ins Ausland nicht im geringsten behindert hat,
vielmehr, unterstützt durch die verbrecherische Passivität des
Reichsschatzamt seit der Revolution, Milliarden ins Aus-
land verschleppt worden sind. Die Wiedereinführung der
Briefzensur hat also offenbar ganz andere Zwecke, als
vor allem politische Zwecke. Dann aber spielt der
Umstand eine große Rolle, daß die Anzahl von Schmarzen
existenzen, die mit der Zensur beschäftigt sind, ihre Pos-
tionen behalten wollen.

Daß es sich um politische Spitzerei handelt, geht
klar daraus hervor, daß noch immer Briefe, die aus
dem Ausland nach Deutschland kommen, geöffnet werden.
Erst heute haben wir wieder einen Brief aus Belgien ge-
kommen, geöffnet auf Grund der Verordnung vom 15. No-
vember 1918. Daß etwa die Versendung von Wertpapieren
aus dem Ausland nach Deutschland gehindert werden muß,
ist natürlich ein Stumpf sinn. Daß ein Brief, der, wie
der Aufschrift des Kuverts hervorgeht, vom internationalen
sozialistischen Bureau an die „Freiheit“ gelangt wird, keine
seine Wertpapiere enthält, ist natürlich auch dem dummen
Jensurkuli von vornherein klar. Es handelt sich also um eine
freie politische Spitzerei. Daß dieses ganze
fabren mitant der Verordnung vom 15. November abge-
ungesetzt ist, ist selbstverständlich, und wir fragen,
lange eigentlich die Regierung diesen Skandal so
dauern lassen will.

Gipfel der Heuchelei.

Man liest im „Vorwärts“:

Wenn ein alter, 70jähriger Kämpfer, ein internationaler
erkannter Wissenschaftler und Politiker, ein Kulturmenschen
besten Sinnes des Wortes wie Eduard Bernstein in
Sammlungen von unreifen, fanatisierten
schändlichen, die über Vorkon noch nicht hinausgekommen
in unerhörter Weise sich unterbreiten und beschimpfen lassen
so ist das der Gipfel der Unerschrockenheit.

Uns sind die Vorgänge in Vorkon nicht näher bekannt,
aber wir sind durchaus der Ansicht, daß ein Mann
Bernstein, der im Kriege den Beweis seiner rühm-
losen Wahrheitsliebe und seines unerschrockenen Charakters
gegeben hat, fordern kann, mit Respekt angehört zu werden.

Aber wie ist uns denn? Erinnern wir uns nicht an
bedeutungsvollen Rede von Bernstein, in der gerade seine
Wahrheitsliebe zum Ausdruck kam, und wobei er sorglos
stürmisch unterbrochen wurde. Dann stand ein Ver-
lungsteilnehmer nach dem andern auf und behandelte
„Reizgläubigen Kämpfer“, den „international anerkannten
Wissenschaftler und Politiker“, den „Kulturmenschen
besten Sinnes des Wortes“ wie einen dummen Jungen,
nicht weiß was er redet. Die „unreifen fanatisierten
schändlichen“, die das toten, waren freilich die Teilhaber
des sozialdemokratischen Parteitag
Weimar und den lieblichen Reigen führte Herr Sch
mann. Und das alles, weil Bernstein in seiner Rede
den Friedensvertrag von der Schuld Deutschlands
sprach und die Stellung des Auslandes daraus
wollte.

Die Sozialierung in Oesterreich.

Wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ meldet, hat die
deutschösterreichische Regierung beschlossen, eine gemein-
schaftliche Anstalt zu errichten, die den Namen
einige Leder- und Schuhfabriken“ führen wird. Damit
bedeutet das Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen,
das die Nationalversammlung am 29. Juli beschloß,

Die neue Bühne.

Wenn die „Kritik“, von deren Eröffnungsvorstellung
wir schon in der Sonntagsummer berichteten, der neuen Kunst-
bühnen will, dann darf sie sich nicht auf das Theater als Dis-
kussionsanstalt verlassen. Ihr wöchentliches Programm verspricht
mehr, und sie sollte ihren Zusammenhang mit vorwärtsstrebendem
Leben durch kühne Taten und gewagte Experimente beweisen.
Den subskribierenden Bühnen wird sie damit freilich keineswegs
auf ihrer Seite haben. Die Gefahr des Ueberwiegens reiner
Rhetorik auf der Bühne lag bei der Eröffnungsvorstellung in
erheblichem Maße vor. Walter Hasenclever hat gerade in seinem
„Ketter“ halt dramatischer Gestaltung in der Hauptrolle eine
Disputation über das politische Thema gegeben, das ihm am
Herzen lag. Ihn und uns alle bewegt der Kampf der Waffe
gegen den Geist, wie wir ihn so mörderisch erlebt haben und
noch immer erleben. Wir horren noch der bestrelenden Wirklichkeit
und der sie vormegnehmenden dichterischen Kat.

Hasenclever, der Jüngling, redet in seinem im Kriegsjahre
1918 geschriebenen „Ketter“ Dolche gegen die brutalen Gewalt-
menschen, die von Staats und Militärs wegen den Dichter als
„Hochverräter“ in Ketten legen und zum Tode verurteilen. Er
verschmäht es nicht, daß viele seines Reichens abtrünnig wurden.
In seiner der Aufführung angehängten Vorlesung, die einen
Revolutionsspiel in Herrbildern vorüberpeitscht, widerrißt Hasen-
clever in dieser Welt ohne Geist das Wort vom „politischen
Dichter“. Nun denn, er begnüge sich mit der Mission, zur Freiheit
und Begeisterung aufzurufen. Das Feuer seiner Rede
erlaset auch in der Prosa nicht leicht. Mit den Figuren des
Lebens weiß er auf der Bühne umzugehen. Man sah es an
dem kurz hingebauenen sturzen Schlachtfeld, das in Rot-schwarz
Farben auf der Podiumsbühne grotesk vorüberblitzte. Im „Ketter“,
der ohne Dekorationen gespielt wurde und darum bestimmungs-
genießlich ganz auf das Wort gestellt war, zwang die Leidenschaft
der Rede in den Mann und suchte der Ermüdung stellenweise
durch hysterisches Pathos und Raggie zu steuern.

Von den auftretenden Personen kämpfen der Feldmarschall
mit harten Tönen und „der Dichter“ mit heiserer Inbrunst um
die Seele des Königs, der in seiner schwachen Güte fast noch
schlimmer gegen den Geist frevelt als der Herrführer, der nur
die heroische Witten des Krieges hat; auf dem Berg des Befehls
weiß er nicht und füllt er nicht vom Leben und Sterben der
anderen. Ernst Wendt stellte ihn mit maßigem Guß als
obersten Kriegsherrn und harten Schlächter hin. Weniger gut,
aber nicht ohne Innerlichkeit sprach Franz Wenzler den
zwischen den Argumenten schwankenden König. Etwas bläht
und mehr Archaisch als Glanzminister war Fritz Schner,

Den Dichter gab Ernst Rothauer in etwas literarischer
Verkleidung und Verkleinerung, aber aus dem Kampf der Glieder
löste sich die Blut der Ueberzeugung, leuchtenden Auges, mit
Bungen redend. Ein Mißgriff in der Besetzung, peinlicher als
die im ganzen noch herrschende Stillunsicherheit war die aus
ältester Schauspielschule stammende Königin. Und gerade sie soll
am Ende den Dichter tödnen. Die Regie dieses „aktivistischen
Theaters der Bestimmungsoffenbarung“ wird sich nach anderen
Stimmen umsehen müssen, wenn sie die verblühten Fansaten
erlösen lassen will: Fansaten der Liebe, der Menschlichkeit, der
Gewaltlosigkeit, der Weltfreunde, der Erneuerung.

Als nächste Einübung ist für Donnerstag Ernst Tollers
dramatische Dichtung „Wandlung“ angesetzt. E. B.

Zweites Konzert der Volksbühne.

Am gestrigen Sonntag mittag lud die Freie Volksbühne zum
zweitenmal die Berliner Arbeiterschaft zu einer Kunstschau ins
Theater am Bülowplatz. Trotz der erlebten Darbietungen, die
das Programm enthielt, füllten selbst die Scharen der Nachzügler
bei weitem nicht den Zuscherraum. In diesen Veranstaltungen
ist in edelster Form dem Proletariat die Möglichkeit gegeben, nach
freudlosem Tage seine Seele mit Schönheit und Harmonie zu er-
füllen. Diese Gelegenheit sollte von der Arbeiterschaft voll aus-
genutzt werden. Nicht umsonst ist in der jüngsten Zeit
das Wort „Musikpolitik“ geprägt worden. Im Erfassen der
Musik wird sich der Mensch seines Menschentums bewußt. Musik
reißt empor zu revolutionärer Empörung gegen Entmenschung
und Unterdrückung. Professor Georg Schumann tritt mit
dem A-Cappella-Chor der Singakademie das Konzert ein und
öffnete mit den jarten, getragenen Klängen seiner eigenbearbei-
teten Volkslieder die Gemüter zur Empfanglichkeit. Bar-
bara Kemp von der Berliner Staatsoper trug abwechselnd mit
den Chorgesängen Lieder von Schubert und Schillings von. Die
begeisterte Aufnahme, die der Liebling Schillings entgegenge-
bracht wurde, galt auch zugleich dem meisterlichen Vortrag der
Sängerin. Zum Schluß wurde Prof. Schumanns oratorisches
Gedicht „Das Tränenkügeln“ zur Aufführung gebracht.
Ein Werk von wahrhaftigster Vollständigkeit, endlich im Text,
aber akademisch trocken in der Musik ohne die selbstverständliche,
langsame Einfachheit der Alten.

Im 8. Konzert, am 8. Oktober, werden Mozart-Kammermusi-
werke mit dem Bläserorchester unter Leitung von Kapellmeister
Hermann Scherchen gebracht. E. B.

Die Liebe dreier Könige.

Im Deutschen Opernhaus wurde der Italiener
Stalo Montemezzoli einer Anzahl von Hungenaden, darunter
den deutschen Liedern mit luxuriösem Aufwand vorgeführt.
International wertende Kulturgeschichte würde die Vor-
zugung geistig rechtfertigen, wenn die Musik Montemezzoli
sondere Qualitäten aufzuweisen hätte. Es steht aber
Zweifel, daß wir viel Gleichwertiges und manches Höherwertiges
besitzen, daß seit langem der Aufführung wartet.

Der Text der „Liebe dreier Könige“ scheint einer mittelalt-
lichen Schauerballade entnommen. Geistlose Handlungsschablonen.
Die Musik würzelt orchestral in Wagner und in der jungitalien-
schen, beritischen Schule, dämmt aber die Blut der Seele
zurück in der Verzögerung der Bläser, ist in der Behandlung der
Wiedinstrumente Modocam verwandt, klingt farblos und
wirkt hart und ohne Geschlossenheit in der melodischen Linie
birgt im ganzen weder durch Erfindung, noch durch
Kritik, noch durch stilistische, historische oder persönliche
aufführungsberechtigende Werte in sich. — Die Darstellung
Orchester unter Waghalter ohne tiefere Feinheit, die
von erheblichen Intonationschwankungen, Verita Stolz
berg, im 2. Akt hervorbrechend in einigen lyrischen Höhepunkten
Holger Jörgesen mit seinem schwachen Tenor der man-
den Tonentwicklung seines Nipolen Kubals Paubert
sich überlegen, Rudolf Hofbauer gesanglich und mimisch
mitreißender, dramatischer Steigerung.

Mahlers Ueicht-Symphonie.

Gustav Mahlers Werke sind seit mehreren Jahren wenig
spielt worden. Wertwürdigweise ist gerade in der Zeit, in
man sie nicht hörte, das Verständnis für sie gewachsen, der
Beweis dafür, daß der Zuhörer für sie noch nicht reif war.

Mahlers Dritte Symphonie wurde voriges Jahr vor
mit außerordentlichem Erfolg gespielt. Auch die Zweite
Symphonie hat nun in einer feinen Aufführung
Mahlers Schüler Bruno Walter aus München am
abend in der Philharmonie in einem bürgerlichen Konzert
erlebenden Erfolg gehabt. Das Verhältnis des
rischen Menschen zu Mahler ist natürlich. Welche Musik
das Streben nach irdischer Seligkeit und geistig-ästhetischer
endung reiner und erhaben aus. Aber nun scheint in die
Menschheit ein Streben nach Seligkeit und Seligkeit

hat, zum ersten Male seine Anwendung. Der erste praktische Schritt zur Sozialisierung eines wichtigen Industriezweiges ist damit beschlossen worden.

Ein vorbildlicher Kreistag.

Wie bereits gemeldet, wurde im Saalkreis (Landkreis Halle) von der Regierung der bei der vorigen Wahlperiode geradezu verhasste Sozialpartei Thiele zum Landrat ernannt. Diese Provokation wurde in der Sitzung des Kreistages am 15. September gebührend gekennzeichnet. Die Vertreter der U. S. P. gaben folgende Erklärung ab:

„Nachdem der bisherige Landrat des Saalkreises, Herr von Krosigk, von seinem Amte zurückgetreten ist, hat sich die Regierung, und zwar mit Rücksicht auf die bisherigen, zwar total veralteten, geschlichen Bestimmungen veranlaßt gesehen, für den Kreis einen Landrat zu bestellen, der mit seiner politischen Anschauung in erheblichem Widerspruch zu der überlegenen Mehrheit der Kreisangehörigen steht. Die Kreistagsaktion der U. S. P. (24 von 83 Kreistagsabgeordneten) erhebt deshalb schärfsten Protest: 1. gegen die Art der Neubestellung des Landratspostens, 2. erkennt sie in der Person des Herrn Thiele nicht den geringsten Mann, die Kreisgeschäfte im Sinne der Mehrheit der Einwohner des Saalkreises zu leiten. — Ferner fordert sie wiederholt Vorschläge und Wahlrecht für die Bestellung des Landratspostens, letzteres auf möglichst breiter und demokratischer Grundlage, damit dem Volkswilligen in jeder Beziehung Rechnung getragen wird.“

Die Verwaltung des Saalkreises wird nunmehr völlig von unserer Genossen geleitet. Sämtliche Amtsvorsteher, mit Ausnahme eines Postlers, dessen Amtsvorsteher besetzt wird, sind Vertreter der U. S. P. In Kreisdeputierten wurden ebenfalls zwei Genossen gewählt. Von den Provinziallandtagsabgeordneten fielen auf die Liste unserer Partei zwei und auf die bürgerliche Liste ein Vertreter. An diesem Kreistag wird Herr Adolf Thiele, der „Sozialdemokrat“, seine heftige Freude erleben.

Gewalt gegen Arbeiterkräfte.

Der „Niedersächsische Landbund“ erklärt einen Aufruf, in dem er ausführt, daß sich die Landwirte an die Verfügungen der Arbeiterkräfte nicht halten sollen. Die Landwirte sollten militärische Hilfe in Anspruch nehmen oder sich mit den im Darg gut wachsenden Eisenreifen versehen, um die kommunistischen und spartakistischen Ideen auszutreiben.

Das bedeutet glatte Aufforderung zur Gewaltanwendung. Ob nun in der deutschen Presse der gleiche Sturm der Entrüstung losbricht, wie es bei jeder Kleinigkeit, die Unabhängige oder Kommunisten betrifft, der Fall ist?

Die französischen Wahlen.

Paris, 20. September. (Telunion.)

Im Verlaufe der gestrigen Debatte in der französischen Kammer gab Clemenceau auf eine Anfrage Briand's die Erklärung ab, daß nach der Ratifizierung des Friedensvertrages in ganz Frankreich die Wahlen vorgenommen werden würden. Sie würden sich folgendermaßen abwickeln: 2. Oktober Gemeindevahlen, 9. November Kammerwahlen, 20. November Senatwahlen, 30. November und 7. Dezember Wahlen zu den Generalräten.

Wahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 21. September

Bei den heute in Braunschweig, Wolfenbüttel, Worsburg, Helmstedt und Bad Harzburg vorgenommenen Magistratswahlen haben, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ berichtet, die Unabhängigen eine gänzliche Niederlage erlitten. In der Stadt Braunschweig wurde der bisherige Oberbürgermeister

drungen zu sein. Die Sehnsucht sich zu entsperren, Geist, Reinheit, Hohes zu werden, wird die künstlerischen Bedürfnisse der nächsten Jahrzehnte bestimmen. Nahere Musik wird aufstehen und schon heute ist sie für viele ein Blick und ein Tun, der etwas Neues, Grobes, eine seelische, eine im edelsten Sinne moralische Läuterung, wie man sie bisher von Musik gar nicht empfangen hat. So eine Mahler'sche Symphonie mit ihren Soli und Chören ist gleichzeitig Symphonie, Oratorium, mensliches und göttliches Drama, ein Manifest des Hoffens, des Willens, der ganz bemüht über die Erde hinaus strebt. Die Vereinigung von Kunst, Drama und Religion hat Mahler zuerst in dieser Symphonie versucht. Die Zusammenhänge sind noch nicht so klar wie etwa in der dritten, vierten, achten, aber auch dieses Werk ist schon vollständig, es hat die Tragik und beseligende Heiterkeit, in deren Vereinigung und Überwindung Mahler's Größe liegt. Die Leistung Mahler's war ganz vollendet im Geist, im Technischen, nur an Schwingung und Feuer fehlte es dem Orchester. Vor der Symphonie sangen Virgil, Engel und Luise Miller fünf Lieder Mahler's, seelisch und himmlisch reichlich schön. B. S.

Das verlorene Afrika.

So lautet das Thema eines Vortragsabends des Bundes Neues Vaterland. Im spärlich gefüllten Beethovensaal sprach zunächst der Suaheli Ndochi bin Scharifu über seine Erfahrungen in der deutschen Kolonie Ostafrika und als Referent am Orientalischen Seminar Berlin. Interessant waren seine Mitteilungen über jenen imperialistischen Geist, der auch an dieser Zeit herrscht und sich im „Dreimotigenkoffer“ selbst herabdrückt. Während des Krieges hat während des Krieges die vortragende Suaheli geschlossen wurde, stellte man an den Führer und seinen Kollegen das Ansehen, im Vorzimmer des Sekretärs Türkenangelegenheiten zu tun. Selbst Herr Professor Sechau billigte dieses Vorgehen. Auch suchte man die Suaheli zu bewegen, als Rüstungsarbeiter Granaten zu decken. Trotz der Forderung wurde abgelehnt, nachdem er einen Vortrag im Herrensäle gehalten hatte. Es hat eben jener typisch deutsche Geist mit dem Erde des Weltkrieges nach nicht seine Herrschaft verloren. Jener deutschen Geist, der die Kolonialverwertungen und die intellektuellen beherrscht, charakterisierte Kapitänleutnant Pasche aus seinen Erfahrungen in Ostafrika und an zahlreichen Beispielen aus der Kolonialgeschichte. Dieser Geist hat uns in den Weltkrieg und zur jetzigen Katastrophe geführt. Wir haben, im

gegen den Kandidaten der Unabhängigen mit überwältigender Stimmenmehrheit wiedergewählt.

Der französische Gewerkschaftskongress.

Verfaßt, 20. September.

In der Donnerstagssitzung des Nationalen Kongresses des allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) erklärte der Vertreter der Minderheit Lepetit, die C. G. T. habe durch die Abgabe des Demonstrationstreiks am 21. das englische und italienische Proletariat bei sich.

Merrheim, der Führer der Metallarbeiter, sagte, für ihn gäbe es weder Mehrheits- noch Minderheiten. Er erklärte sich mit Jouhaux solidarisch. Die Bewegung von Zimmerwald habe ihn mit Lenin zusammengeführt. Die Massen folgten dem Ruf von Zimmerwald nicht, das es weder Sieger noch Besiegte geben sollte. Diesem Grundsatze sei er getreu geblieben. Merrheim zehrt alsdann auf die russische Revolution ein und äußert, daß die arbeitende Klasse jeden Tag einen weiteren Teil ihres Ideals aufgeben, um nur für Geld, Geld und viel Geld zu kämpfen. Auch Friedrich Adler habe von der Verantwortlichkeit der Führer gesprochen. Was die Extremisten dem Verwaltungsrat vorwürfen, sei nicht wahr. Man habe nicht mitgeholfen, die ungarische Revolution zu erdrosseln. Sein größter Schmerz sei gewesen, in Frankreich eine revolutionäre Lage, aber keinen revolutionären Geist vorzufinden. Wenn man die Arbeiter befreien wolle, dann sei es unumgänglich notwendig, gegen die allgemeine Unfähigkeit zu kämpfen, die mehr oder weniger alle Klassen beherrsche. Man müsse die Arbeiter davor bewahren, daß sie nur kämpfen wegen Lohnerhöhung. Daran könne keine positive Besserung der Lage herbeiführen. Man gehe weiter, die Arbeiter entgegen, als die vergangenen. Der Redner fordert die Arbeiter auf, Vertrauen zu haben und sich nicht befehlen zu lassen, sonst würde die Reaktion auf ein ganzes Jahrhundert den Sieg über die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung davontragen.

Der Eisenbahner Sirolle aus Paris wandte sich gegen den Verwaltungsrat und sagte, die Gedanken von Zimmerwald seien stärker geworden. Die Mehrheitsführer hätten die Kriegsbeschlüsse verhärtet und deshalb seien sie auch verantwortlich für die Unfähigkeit, von der Mehrheit gesprochen habe. Er sei für die politische Revolution. Seit dem Waffenstillstand sei die Diktatur der C. G. T. falsch gewesen. Die Einheit der Arbeiter dürfe allerdings nicht zerfallen werden. Die Gewerkschaftsbewegung werde aber zugrunde gehen, wenn die schweren Verhältnisse fortbeständen. Man wolle in Frankreich keine Gewerkschaftsbewegung, wie sie Comptons in Amerika vertrete. Die Minderheit werde an Stille gewinnen, und ihre Gedanken würden immer mächtiger werden. Weil er zweimal zu Clemenceau gegangen sei, nenne man ihn jetzt einen Verräter. Aber seine Aufgabe sei es gewesen, die Einheit der Arbeiter nicht zu zerlegen. Er lehne deshalb die Kritik nach dieser Richtung ab und meine, die Minderheitsführer hätten nicht das Recht zu sagen, daß die Beilegung eines Konfliktes den Klassenkampf beende. Im Gegenteil, das sei nur ein Teil des Klassenkampfes und in diesen Einigungen suche man Elemente der Stärke. Man sei nicht mehr für eine Gewerkschaftsbewegung, wie sie vor dem Kriege an der Tagesordnung war, die aber trotzdem die Katastrophe nicht habe verhindern können. Jetzt müsse man durch Lohnverträge, die man selbstgemeinern könne, etwas zu erreichen suchen. Auch in England seien die Gewerkschaftler zu Honorarwegen gegangen und hatten verlangt, daß der Kampf gegen die russische Revolution aufhöre. Die Internationale, — das seien die 15 Millionen Gewerkschaftler der ganzen Welt. Diese Internationale sei wieder aufgelöst worden in Amsterdam. Man könne aber nicht sagen, daß alle diese Millionen vom internationalen Geist erfüllt seien. Wenn jetzt 500 000 Arbeiter aus Mittelrussien an der Wiederaufrichtung der Kampagne mitarbeiten würden, dann kämen sie unter den Schutz des internationalen gewerkschaftlichen Rechts, sowohl in bezug auf ihre Bezahlung, wie auch in bezug auf die Hygiene. Das sei höchlichstpolitisch im internationalen Sinne. Man dürfe aber die vier Mitglieder des Vorstandes für die Mißerfolge des 1. Mai nicht verantwortlich machen. Die Führer seien von den Massen überstimmt worden.

Wegen der zu England, keine harten humanitären Gegenbewegungen, daher prägen sich die Erscheinungen des Imperialismus bei uns und in voller Schaulichkeit aus. Darum verloren wir Afrika, weil der afrikanische Kolonialismus unsere Politik beherrschte. Leider fehlte bei den Ausführungen Pasche's eine eingehendere Würdigung der wirtschaftlichen Ursachen des Imperialismus, eine Erkenntnis, die auch in letzter Linie die Veränderungen im Verhalten der Westarbeiter und ihre Stellung zu Krieg und Kolonialen erklärt. Im einzelnen lieferten beide Redner zahlreiche Beispiele für jene Kritik an der Kolonialpolitik als kapitalistische Erscheinung und an der deutschen Art der Kolonisierung, wie sie die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten übte und wie sie erst die Regierungssozialisten im Kriege revidierten und in Würzburg diese Wendung feierlich befestigten.

So wichtig es ist, jenem alldutschen Geiste des Hasses und Perzentums, wie es sich auch in Zwischenrufen und in der Diskussion äußerte, entgegenzutreten, eine nachdrückliche Bekämpfung, sowohl wiederkehrender Kolonialschwärmerei, als auch militaristischer Denkart in neuen Formen, ist nur möglich, wenn man neben der Ideologie die wirtschaftlichen Grundlagen erkennt und Wandlungen der Produktion anstrebt, die dem Alldeutstum seine Grundlogik entziehen. D. J.

Neue Kinos wachen in Berlin trotz Wohnung und Wohnungsmangel ostentativ wie Pilze aus der Erde. Und die alten suchen sich und die andern durch immer größere Riesensilms zu überbieten. Doch bleibt bei gelegentlich näherem Zusehen das Gebotene hinter den schreienden Anpreisungen zurück. Das Palasttheater am Zoo, das über Nacht zum Kino wurde, prahlt im großen Stil, und die neuen Richard Oswald-Bühnen in der Konigsplatz haben ein phantastisch weit ausgreifendes Schauspiel „Die Arche“. Die Rarmor-Bühnen zeigen zunächst vor geladenem Hause eine nur teilweise befriedigende, sehr willkürliche Verfilmung des Piratenromans „Brigandage“ (1. Teil). Die gleiche Direktion brachte im Theater am Königsplatz ein sogenanntes soziales Drama „Der Sohn der Magd“, das sich durchaus im bestmöglichen Geiste hält.

Die Genossenschaft des Bühnen (Geschäftshaus Th. Frankendamm Berlin W. Spichernstraße 17, U-Bahn 5260) schloß am letzten Montag ihre Ausstellung in der S. E. G. Brunnenstraße. Ihr Ergebnis ist sehr günstig. Rund 450 Erzeugnisse der G. f. A. wurden von Arbeitern erworben. In immer verbesserter Form werden diese Betriebsausstellungen fortgesetzt.

Verfaßt, 20. September.

Der Nationale Kongress des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) in Lyon hat gestern Abend den Geschäftsbericht des Verwaltungsrats angenommen. In der Freitagssitzung sprach Jouhaux von der Zimmerwald-Bewegung und von seiner Zusammenkunft mit Bernstein und Kautsky im Frühjahr 1915. Aus dieser Unterredung habe er die Überzeugung gewonnen, daß es nicht möglich gewesen wäre, eine internationale Bewegung gegen den Krieg zu organisieren. Er verwahre sich dagegen, daß er nichts für die russische Revolution getan habe. Es wurde eine Entschließung angenommen, die besagt, daß der Syndikalismus das erreichbare Maß nur durch unmittelbaren Kampf gegen das Unternehmertum erreichen könne. Die Entschließung spricht sich alsdann für die Nationalisierung aus und verlangt eine Kontrolle über alle industriellen Annehmungen; die davon zu Beteiligten sollten zugleich Schöpfer und Verbraucher werden. Der Kongress sprach alsdann, der Confédération Générale du Travail Vertrauen aus und betont das Selbstbestimmungsrecht der Völker, tritt für die russische Revolution ein und verurteilt die Unterstützung Koltschak und Denikins durch die Alliierten. Er verlangt ferner baldige Einsetzung einer Arbeiterdelegation nach Rußland und fordert Frieden mit dem revolutionären Rußland.

Verfaßt, 21. September.

Der Nationale Gewerkschaftskongress in Lyon ist gestern Abend geschlossen worden. Der nächste Kongress findet in Lille statt. Vor der Trennung hat der Kongress den Vorstoß Jouhaux' zur Einsetzung eines wirtschaftlichen Rates angenommen.

Schließlich hörte der Kongress noch Berichte über die Reform des Unterrichtswesens und über den Kampf gegen Tuberkulose, Alkoholismus und Wohnungsnot.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in der Metallindustrie.

Die Streikbewegung zieht allmählich immer größere Kreise. Neue Zeitstreiks sind ausgebrochen in den Deutschen Telefonwerken, Niederschneeweide, bei Richard Weber, Kollbuser Straße, und bei Schwarzkopff, Scherinastraße, bei „Vinkus-Mataturen“, Große Frankfurter Straße, ruht der ganze Betrieb. Die Beratungen der heute Abend stattfindenden Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes werden für den weiteren Verlauf der Bewegung von entscheidender Bedeutung sein.

Der Grundstein und die Wahrheit.

Im Leitartikel der Abendausgabe vom 6. September schreiben wir: „Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes droht den Ortsvereinen, die die bisherigen Vertrauensmänner entern haben, mit der Auflösung und mit der Bildung von neuen Vereinen, die „mit diejenigen Mitglieder umfassen würden, die das Statut und die Verbandsagende für sich als verbindlich anerkennen“. Ebenso sollen auch Mitglieder und Mittelbesitzergruppen, die gegen die Verbandsagende verstoßen, ausgeschlossen werden.“

Der „Grundstein“, dem diese deutliche Kennzeichnung der Absichten der Verbandsleitung nicht gefällt, erklärt darauf, daß „für jeden, der lesen kann“, daraus hervorgeht, daß wir mit „bestimmter Absicht“ die Unwahrheit sagen. Er erwähnt die Bauarbeiter, noch einmal den „Grundstein“ Nr. 86 zu lesen, aus dem hervorgeht, daß nur die Mitglieder und Ortsvereine den Unwillen der Verbandsleitung erregt haben, die die Statuten und Verbandsagende nicht beachten, und nicht jene Ortsvereine, die ihre bisherigen Vertrauensleute entern haben“. Davon sei im „Grundstein“ mit keinem Wort die Rede.

Diese Verunglimpfung des „Grundstein“ zwingen und selber, auf die Angelegenheit eingehender zurückzukommen. Der Artikel im „Grundstein“, auf den wir uns stützen, geht von dem Verbandsrat der Bauarbeiter vorliegenden Anträgen aus, die sich gegen die Kriegspolitik des Verbandes richteten und die Entfernung der Personen von Vertrauensposten forderten, die sich zu Trägern dieser Politik gemacht hatten. Der Verbandsrat ist über diese Anträge zur Tagesordnung übergegangen, wie der „Grundstein“ selbst hervorhebt. Das heißt, er hat sich weder für noch gegen sie erklärt, er hat keinen Beschluß gefaßt. Der „Grundstein“ und der Verbandsrat fordern nun daraus, daß eine Entfernung der bezeichneten Personen oder die Propaganda gegen sie gegen den Willen des Verbandsrates verstoße. „Trotz dieser klaren Sachlage“, schreibt der „Grundstein“ in der Nr. 86, „wird innerhalb des Verbandes fortgesetzt gegen den Verbandsrat gearbeitet und gegen die Beschlüsse des Verbandes verstoßen“. Also: Der Vorstand wegen seiner politischen Haltung kritisiert, wer Vertrauensposten in den Verbandsagende und stellt sich außerhalb des Verbandes. Und wer sich dieses Vorgehens schuldig macht, wird nach dem Horen Wortlaut des „Grundstein“-Artikels mit dem Ausschluss bedroht. Der kann sich gegen Einzelmitglieder wie gegen ganze Mitgliedschaften richten, denn Vertrauensposten werden gewöhnlich nicht von Einzelmitgliedern besetzt. Doch könnte Verstoße gegen das Statut und die Verbandsagende verstoßen, wie z. B. die Annahme von Arbeit entgegen dem Tarifbestimmungen oder Ähnliche Akte gegen die Solidarität, wie sie überall vorkommen. Den Ausschluß nach sich ziehen können, ist so selbstverständlich, daß man darüber keine speziellen Erwähnungen zu sehen braucht. Gegen wen und was sich die Drohungen der Verbandsleitung richten, steht — „für jeden der lesen kann“ — aus dem „Grundstein“ deutlich hervor. Darum empfehlen auch wir den Vorarbeitern das wiederholte gründliche Studium der Nr. 86. Sie werden lesen können.

Die Ferienfrage der Berliner Sozialindustrie.

In dem Artikel unter obiger Überschrift im Morgenblatt vom Montag ist ein fälschlicherweise gefaßter enthalten. Das letzte Wort des ersten Satzes soll nicht: Ferienzulagen, sondern Ferien freigegeben.

Funktionäre aller graphischen Berufe, die auf dem Boden des Mittelstands stehen, treffen sich Dienstag, den 21. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 46. Vollständiges und pünktliches Erscheinen notwendig, da der Saal 2 1/2 Uhr geräumt werden muß.

